

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB  
zum Erfordernis eines Kon-  
zepts für flächensparendes  
und energiesparendes  
Bauen: Bauboom darf  
nicht zum Umweltschock  
werden.

Seite 1

Hans Kolo MdL zu den  
Ergebnissen einer Konfe-  
renz der Arbeitsgemein-  
schaft demokratischer So-  
zialisten im Alpenraum:  
Österreichs Nachfahrverbot  
ein wichtiges Signal.

Seite 3

Professor Hartmut Soell  
MdB zu den Perspektiven  
der beiden deutschen Staa-  
ten: Auf dem Weg zum Ge-  
meinsamen Haus Europa.  
(Teil II und Schluß)

Seite 4

Willi Piecyk zu Gesprächen  
mit Reformkräften in Wis-  
mar: DDR-Opposition skept-  
tisch gegenüber Kohl-Plan.

Seite 6

44. Jahrgang / 233

6. Dezember 1989

Bauboom darf nicht zum Umweltschock werden

Zum Erfordernis eines Konzepts für flächensparendes und energie-  
sparendes Bauen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur-  
schutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

In diesem Jahr sind bis jetzt rund 300.000 Aussiedler und mehr  
als 300.000 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik gekom-  
men. Sie alle brauchen Arbeitsplätze und sie brauchen Wohnungen.  
Genau die aber fehlen.

Jetzt rächt es sich bitter, daß die Bundesregierung den sozialen  
Wohnungsbau seit 1985 abgewürgt hat. Das war ein Kardinalfehler.  
Denn nicht nur der Zustrom von außen erzeugt die Wohnungsnot,  
er verschärft sie nur. Hunderttausende unserer jungen Bürger, die  
den geburtenstarken Jahrgängen der 60er Jahre angehören, suchen  
jetzt eine eigene Behausung. Dies war vorherzusehen, die SPD hat  
deshalb ständig auf die zu erwartenden Engpässe hingewiesen und  
entsprechende Anträge vorgelegt. Allerdings vergeblich.

Wenn nun Bundesbauministerin Hasselfeldt im Hauruck-Verfahren  
Hunderttausende von Wohnungen aus dem Boden stampfen will,  
besteht die Gefahr, daß der zweite „Kardinalfehler“ gemacht wird.  
Eile tut gewiß not, aber sie darf nicht auf Kosten der Qualität ge-  
hen - weder der Wohnqualität noch der Umweltqualität. Die Ver-  
suchung ist groß, die Bausünden der 50er und 60er Jahre zu wieder-  
holen, um rasche Erfolge und imponierende Zahlen vorweisen zu  
können. Künftiges Bauen darf nicht die häßlichen inhumanen  
Wohnsilos alter Prägung wiederholen, aber auch nicht Einfamilien-  
haus-siedlungen breitartig in die Landschaft ergießen.

Gefordert ist ein Konzept für flächensparendes und energiesparen-  
des Bauen, das den heutigen Erkenntnissen der Stadtökologie ent-  
spricht.

Deshalb ist zu fordern:

1.) Vor Ausweisung neuer Baugebiete sollten

- Schließung von Baulücken,
- beschleunigte Bebauung innerörtlicher Sanierungsgebiete,
- Reaktivierung zweckentfremdeten und leerstehenden Wohn-  
raumes (über 470.000 Wohnungen sollen laut Volkszählung  
nicht genutzt sein, weitere 200.000 als Büro- und Praxis-  
räume vermietet sein),
- Ausbau und Modernisierung des Altbestandes Vorrang haben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortliche Leitung:  
Helmut G. Schmidt  
Rudolf Schwinn



Eine Politik, die, wie in der Vergangenheit gedankenlos Naherholungsräume verbaut und weiter in Waldstücke eingreift, wäre kurzzeitig und würde die Lebensqualität für alle vermindern, für Einheimische und Neubürger gleichermaßen. In Ballungsräumen, wie zum Beispiel im Mittleren Neckarraum, in denen bereits 16 bis 18 Prozent der Flächen überbaut sind, wären die Negativfolgen besonders schwerwiegend. Schon vor zehn Jahren hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen dort vor einer weiteren Bebauung gewarnt

- wegen der Veränderung des Kleinklimas,
- wegen der Behinderung der Frischluftzufuhr,
- wegen der weiteren Verkehrsverdichtung.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, eine Reihe von urbanen Verdichtungsmodellen zu fördern, in denen hohe Wohnqualität verbunden ist mit

- konsequenter Verkehrsberuhigung,
- guter Anbindung an öffentliche Verkehrssysteme,
- kurzen Wegen für die Nahversorgung mit täglichen Grundbedürfnissen und so weiter.

2.) Energiesparendes Bauen ist eine wichtige Maßnahme zur Eindämmung des Treibhauseffektes.

Gut ein Drittel des Energieverbrauchs wird in der Bundesrepublik für die Raumheizung in Anspruch genommen. Dieser Energieverbrauch könnte drastisch reduziert werden, wenn alle heutigen technischen Möglichkeiten genutzt würden. Die Einsparpotentiale liegen nach Expertenstudien bei 60 bis 80 Prozent. Schweden hat innerhalb von zehn Jahren bereits eine Reduzierung von 37 Prozent bei der Raumheizung erreicht.

Erforderlich sind:

- verbesserte Wärmedämmung der Gebäude,
- Modernisierung der Heiztechniken mit höheren Wirkungsgraden und geringeren Emissionswerten,
- passive und aktive Solarnutzung,
- Einbau von Wärmepumpen und so weiter.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen nicht nur gesetzliche Vorschriften, wie zum Beispiel die Wärmeschutzverordnung verschärft, sondern auch ökonomische Anreize gegeben werden. Dazu gehören Steuervorteile und Investitionshilfen, aber auch direkte Zuschüsse, die in einem Energieeinsparungsprogramm festgelegt werden müßten ähnlich dem 4,35-Milliarden-Programm, das von 1978 bis 1982 lief. Der Einwand, daß Energiesparmaßnahmen die Wohnungen verteuerten, ist zwar vordaründig zutreffend. Längerfristig hat jedoch auch der Mieter Vorteile, da er Heizkosten spart. Berechnungen zeigen, daß die jährlichen Einsparungen pro Quadratmeter Wohnfläche bei 4 DM liegen, entsprechend den heutigen niedrigen Energiepreisen; bei höheren Preisen können sie bis 9 DM/qm betragen.

Die Verbrennung von Heizöl und Erdgas in Haushalten und bei Kleinverbrauchern trägt rund 260 Millionen Tonnen zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß und damit zur Störung des Klimagleichgewichtes pro Jahr bei.

Es ist unerträglich, daß gerade jetzt die Steuervergünstigungen für Energiesparmaßnahmen (§ 82 a) und Umweltschutzinvestitionen nach dem Beschluß der Bundesregierung gestrichen werden sollen.

Ein Mammutprogramm für den Wohnungsbau ohne Beachtung der Umweltauswirkungen wie Flächenversiegelung, Luftverschmutzung, Verkehrsverdichtungen etc. wäre eine folgenschwere Fehlkonstruktion.

Heute richtig planen, heißt Sparen für die Zukunft: beim Umweltschutz und bei den Energiekosten.  
(-/5.12.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**Österreichs Nachtfahrverbot ein wichtiges Signal**

Zu den Ergebnissen einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft  
demokratischer Sozialisten im Alpenraum

Von Hans Kolo MdL

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum

Das von Österreich zum 1. Dezember 1989 angekündigte Nachtfahrverbot hat mehr bewegt als jahrelange Forderungen, als selbst das Waldsterben oder die zu befürchtende Klimakatastrophe. In Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen und sozialistischen Parlamentariern aus Österreich, der Schweiz, Italien, Jugoslawien ist die bayerische SPD der Meinung, daß dieses Nachtfahrverbot - neben den konkreten Hilfen für die Bürger entlang der Alpentransitstrecken, - ein wichtiges Signal ist, endlich die ökologischen Probleme des Alpentransits in ganz Europa zur Kenntnis zu nehmen und konkrete Maßnahmen einzuleiten. Insbesondere fordern die Alpen-Sozialisten, die Politik Österreichs und der Schweiz - die sich stets dazu bekannten, ihrer Aufgabe für den transalpinen Verkehr gerecht zu werden, aber gleichzeitig in Anspruch nehmen, die Art der Abwicklung selbst entscheiden zu können - nicht länger zu diskriminieren und zu boykottieren.

Konkret stellen die Alpen-Sozialisten fest, daß dem weiteren Anwachsen des Verkehrs gegengesteuert werden muß, daß der Transport großer Mengen über weite Strecken der Schiene zuzuordnen ist und dem Verkehrsträger Straße die Verteilung in der Fläche (Nahverkehr) überlassen wird.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen die sozialdemokratischen Parlamentarier alle Instrumente nutzen. Dazu gehören:

- 0 marktwirtschaftliche Maßnahmen: Jeder Verkehrsträger hat nur die von ihm verursachten Kosten voll zu tragen. Dies bedeutet: Die Schiene muß von sozialen Belastungen (von Rentenzahlungen bis zu Sozialtarifen für bestimmte Gruppen) befreit werden. Der Straße dagegen müssen die Kosten nicht nur für das rollende Fahrzeug, sondern auch für den Wegebau und den Wegeunterhalt sowie für Unfälle und Umweltschäden angelastet werden. Erst auf dieser Grundlage ist eine freie Wahl der Verkehrsmittel hinnehmbar, darf der Bürger die „richtige Auswahl“ treffen.
- 0 ordnungspolitische Maßnahmen: Verbote und Gebote, die in bestimmten Regionen und zu bestimmten Zeiten die Bürger und die Umwelt schützen, müssen die marktpolitischen Instrumente, die nicht von heute auf morgen durchsetzbar sind, ergänzen.
- 0 die Verkehrsinfrastruktur des Staates: Durch gezielte Investitionen des Staates müssen die bisher vernachlässigten Vorteile der Schiene zum Tragen gebracht werden.

Es fehlt nicht an Ideen, es geht um die Beseitigung der Defizite beim Handeln. Leitlinie staatlicher Verkehrspolitik muß neben der Akzeptanz des Verkehrs und einzelner Verkehrsträger die Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen und die Natur sein. Damit kommt Österreich und der Schweiz mit ihren Maßnahmen nicht nur für den transalpinen Verkehr eine Pilotfunktion zu. Wenn es hier gelingt, ein weiteres Anwachsen des Verkehrs zu verhindern und eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu erreichen, so ist das ein Signal für ganz Europa.

(-/5.12.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**Auf dem Weg zum Gemeinsamen Haus Europa (Teil II und Schluß)**

**Zu den Perspektiven der beiden deutschen Staaten**

Von Professor Hartmut Soell MdB

8. Damit kommen wir zum deutsch-deutschen Mitteltrakt mit den Stichworten „Friedensvertrag“ und „Deutsche Gemeinschaft als Konföderation beider Staaten“.

Meine Überlegungen folgen dabei teilweise den Vorschlägen, die der Heidelberger Völkerrechtler Theodor Schweisfurth vor kurzem öffentlich dargelegt hat (der Gesamtvorschlag wird demnächst als Buch erscheinen). Weshalb nur teilweise?

Weil die dort enthaltene Konzeption, ein mit einem Friedensvertrag ausgestattetes, konföderiertes Deutschland, frei von ausländischen Truppen, solle sich bündnisfrei, das heißt neutral erklären, aus mehreren Gründen nicht in die internationale politische Landschaft paßt:

- Diese Konzeption würde zumindest in Teilen der öffentlichen Meinung und der politisch führenden Gruppen in den westlichen und östlichen Nachbarstaaten den Alptraum auslösen, die Deutschen könnten - vielleicht nicht gleich, aber irgendwann - Ost und West gegeneinander ausspielen (vom Rapallo-Trauma bis zum Hitler-Stalin-Pakt).
- Sie würde längerfristig nicht zur Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen beitragen, sondern rings um uns her eher zur Remilitarisierung und zu neuen, gegen uns gerichteten Bündnissen.
- Die Existenz von Atomwaffen in Europa (zum Beispiel auch bei unserem Nachbarn Frankreich) bekäme eine zusätzliche Rechtfertigung, nämlich die Deutschen unter Kontrolle zu halten.

Summa summarum: Der gerade erst begonnene Prozeß der Abrüstung und Vertrauensbildung würde empfindlich gestört, wenn nicht beendet. Die teilweise Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf insgesamt 300.000 Mann und der Vollabzug der ausländischen Streitkräfte von deutschem Territorium wäre nur ein Scheinvorteil, weil Hochrüstung (inklusive nukleare Hochrüstung) rings um uns her bliebe, vielleicht sogar aufgestockt würde, mit dem Hinweis, die Deutschen... (s.o.).

Dies bedeutet, daß folgende Elemente Schritt für Schritt - gegenseitig vertraglich geregelt und kontrolliert - durchgesetzt werden müssen:

- Friedensvertrag,
- Entmilitarisierung der Blockkonfrontation,
- Umbau der Bündnisse zu Regeln und Institutionen der gesamteuropäischen Sicherheitskooperation,
- Abzug der ausländischen Truppen.

9. Eine Deutsche Gemeinschaft (Konföderation, Vertragsgemeinschaft - wie auch immer die Überschrift lauten mag) wird dann vertrauensbildend wirken, wenn sie die eben skizzierten internationalen Rahmenbedingungen nicht nur beachtet, sondern deren Umbau aktiv unterstützt - politisch, wirtschaftlich, sicherheitspolitisch - und keinen Augenblick vergißt, daß in der Politik Situationen immer umkehrbar bleiben, auch in der rückschrittlichsten Richtung.

Weshalb jetzt ein Konföderationsvorschlag? Kompliziert er nicht die Diskussion? Gehört er nicht - wie einige aus den Reformgruppen in der DDR sagen - an die siebte oder achte Stelle der Probleme?

Wer die fundamentalistischen Instrumentalisierungsversuche der deutsch-deutschen Beziehungen durch die CDU/CSU, die Hinhaltenaktik der SED-Führung unter Egon Krenz, die unterschiedlichen, teilweise entgegengerichteten Ängste auf beiden Seiten („Bundesdeutsche Steuergelder in ein Faß ohne Boden“ einerseits, Angst vor „Spekulations- und Beutekapitalismus“ andererseits) aufmerksam wahrnimmt, kommt gleichwohl zu einer positiven Antwort.

Politisch und ideologisch ist das, was in den letzten Monaten in der DDR in Bewegung geraten ist, eine Revolution - wenn auch mit ungesichertem Ausgang.

Wirtschaftlich ist es ein Konkurs.

Die Wirtschaftsfachleute in der DDR geben offen, die SED-Offiziellen hinter vorgehaltener Hand zu, daß sie sich schon jetzt „in der Hand“ der Bundesrepublik befinden. Heißt das: Nur in der Hand der Bundesregierung beziehungsweise der großen Konzerne und der Banken? Bedeutete das nicht auch einen Deal zwischen den westlichen Bossen, den immer noch mehrheitlich zur SED beziehungsweise den anderen Blockparteien gehörenden Kadern in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft - mit marginalen Einflußmöglichkeiten der neuen demokratischen Kräfte, deren Einfluß bestenfalls auf die Demokratisierung der politischen Institutionen verwiesen bliebe?

Nebenbei: Die sehr viel Zeit kostende Prozedur mit einer verfassungsgebenden Versammlung im Herbst 1990 (so die gegenwärtige Position der SPD), und Wahlen zu einem gesetzgebenden und regierungsbildenden Parlament erst im Frühjahr 1991 überläßt einer nach wie vor leninistisch organisierten, also auf Strategien der „Doppelherrschaft“ geeichten Partei wie der SED (auch wenn sie derzeit in ihrem Einfluß zurückgedrängt ist und Reformkräfte im Innern vorhanden sind) für weitere eineinhalb Jahre die Kommandohöhen des Staates und - weithin - der Wirtschaft!!

10. Zusammengefaßt:

Eine Konföderation mit dem sie begleitenden Prozeß der kritischen öffentlichen Diskussion, mit einem Konföderationsparlament, weiteren gemeinsamen Einrichtungen (inklusive einer Ländervertretung, das heißt einer Wiederherstellung der fünf bis 1958 bestehenden Länder der DDR), mit den finanziellen und wirtschaftlichen Fonds zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse hätte ganz andere Möglichkeiten, nämlich

- dem umfassenden Demokratisierungsprozeß in der DDR zusätzliche Impulse zu geben (immer vorausgesetzt: drüben bleibt eine Veto-Möglichkeit),
- den Bürgern in beiden Teilen auf durchschaubare Weisen zu helfen,
- die fundamentalistische Diskussion in den Reihen der CDU/CSU zurückzudrängen,
- der SPD wieder deutlich zur Meinungsführerschaft in der Deutschlandpolitik zu verhelfen (bisher ist diese nur angedeutet),
- eine gemeinsame Delegation beider deutscher Teilstaaten für Friedensvertragsverhandlungen zu bilden
- und die übergreifenden Probleme (Umwelt, Abrüstung, Energie, Dritte Welt, Europäische Gemeinschaftsbildung) gemeinsam anzugehen.

(-/5.12.1989/vo-ha/rs)

\* \* \*

## DDR-Opposition skeptisch gegenüber Kohl-Plan

---

Zu Gesprächen mit Reformkräften in Wismar

Von Willi Piecyk

Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein

Die 10-Punkte-Erklärung von Bundeskanzler Kohl stößt bei oppositionellen Gruppen in der DDR auf Skepsis. Diesen Eindruck stütze ich auf jüngste Gespräche in Wismar, wo ich an einer Diskussionsrunde über die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR teilgenommen habe. Neben dem Neuen Forum waren bei der Veranstaltung die SDP, die Kirche, die Wismarer Werft und Bauwirtschaft, die Technische Hochschule und auch die SED vertreten.

Das Aufstellen von „Wiedervereinigungsfahrplänen“ ist zur Zeit für die DDR-Opposition kein zentrales Thema. Die Meinungsbildung in der DDR kann nicht über die Köpfe der Menschen hinweg stellvertretend in den Medien der Bundesrepublik geführt werden. Das vorrangige Ziel für die DDR-Opposition sind freie Wahlen.

Voraussetzung dafür sind handlungsfähige Parteien, die sich aber im Augenblick in der programmatischen und organisatorischen Gründungsphase befinden. Es fehlt noch das einfachste Kommunikationswerkzeug, wie Telefon und Schreibmaschine.

Chancengleichheit zur Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß ist noch nicht in Sicht. Zur Herstellung der Informationsfreiheit forderte ich in Wismar einen staatsunabhängigen Rundfunk mit öffentlich-rechtlicher Konstruktion. Notwendig ist ebenfalls eine unabhängige Nachrichtenagentur, die möglicherweise auch als deutsch-deutsche Konstruktion denkbar ist.

(-/5.12.1989/vo-he/rs)

\* \* \*